

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

1.2.1927 (No. 26)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkassento
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. E. u.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Werbungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Vertretung, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Zur Entwicklungsgeschichte der Deutschnationalen

Für unsere innerpolitischen Zustände war in den letzten Jahren kaum eine andere Frage so bedeutsam, wie die, nach welcher Richtung hin sich die beiden, staatsbejahenden Flügelparteien des Reichstags, Sozialdemokraten und Deutschnationalen, entwickeln würden. Was die Sozialdemokratie anlangt, so hat sie sich durch die Haltung ihrer Reichstagsfraktion im Dezember vorigen Jahres praktisch aus der aktiven, die Dinge gestaltenden Politik ausgeschaltet und eine Oppositionsstellung bezogen, die vielleicht, parteitaktisch gesehen, bei den Wahlen recht gute Früchte zeitigen kann, die Partei aber, entwicklungsgeschichtlich gesehen, ganz von selbst in einen Zustand der Stagnation hineinzwingt. Politik im demokratischen Staat schließt immer den ernstesten Willen und die entschlossene Bereitschaft ein, selbst die Verantwortung zu übernehmen, und aktiv am Staate mitzuarbeiten. Und zwar auch um den Preis gewisser Opfer. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war wohl theoretisch zur Mitarbeit bereit, vermochte es aber nicht, die Theorie in eine fruchtbare Praxis umzusetzen. Sie war nicht bemüht, nicht politisch genug. Ganz anders die Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat zweifellos in den letzten Monaten insofern recht geschickt operiert, als sie ihre ganze Taktik fringemäßig und mit guter Überlegung in den Dienst eines Zieles stellte, nämlich des Eintritts in die Regierung. Ihr Sehnen und Drängen, das manchen selbstbewußten deutschnationalen Wähler befremdet haben mag, ist von Erfolg gekrönt gewesen. Natürlich war, wie immer in solchen Fällen, das nicht allein ihr Verdienst, sondern es wirkten noch manche andere Umstände in einem für sie sehr förderlichen Sinne mit. Der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, hat die Absichten der Deutschnationalen weitgehend unterstützt, und zwar offenbar aus der Erkenntnis heraus, daß es auf die Dauer nicht angehe, eine so große Partei, die als Vertreterin der Landwirtschaft noch besondere Beachtung zu beanspruchen hat, vom Staate und der Mitarbeit am Staate fernzuhalten. Erleichtert wurde der Erfolg der Deutschnationalen durch die ausgezeichneten Wählerdienstleistungen, welche die Deutsche Volkspartei ihnen leistete, und nicht zum wenigsten durch Fehler der anderen Flügelparteien, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Bildung des neuen Kabinetts der Rechtskoalition ist gestern vollendet worden. Die Deutschnationalen haben auf Herrn Gräy verzichtet, und man hat an seiner Stelle den Abgeordneten von Keudell ins Kabinett delegiert. Herr Bergt ist Justizminister und Vizkanzler. Herr von Keudell, übrigens ein noch recht unbeschriebenes Blatt, Reichsminister des Innern geworden. Die Deutschnationalen haben auch mit dieser Nachgiebigkeit wieder bewiesen, daß sie bereit sind, Opfer zu bringen. Allerdings hat sich die Fraktion nicht dazu verstehen können, den Abgeordneten anstelle Gräys zum Minister zu nominieren, der als die führende Persönlichkeit des linken Flügels gilt und von den übrigen Koalitionsparteien immer wieder als besonders genehm bezeichnet wurde, Herr von Lindener. Wie allgemein behauptet wird, ist Lindener derjenige Führer gewesen, der am stärksten die neue Phase in der Entwicklungsgeschichte der Deutschnationalen Volkspartei beeinflusst hat. Man nennt ihn den Vertrauensmann all der Elemente innerhalb der Partei, welche eingesehen haben, daß es töricht und unfruchtbar ist, den neuen Staat zu regieren, und daß die Interessen der Deutschnationalen Volkspartei im demokratisch-republikanischen Staat vielleicht ebenso gut, ja unter Umständen noch besser befriedigt werden können, als unter dem Kaiserreich.

Auf der anderen Seite steht der rechte Flügel der Deutschnationalen, die Gruppe der Intransigenten und Unbelehrbaren. Sie und ihre Presse bemüht sich nach wie vor, die bekannten „Nichtlinien“ als eine Nebenfähigkeit hinzustellen, sofern sie überhaupt von ihnen reden. In der „Kreuzzeitung“ versucht sie, das Zentrum für eine Praxis zu gewinnen, bei welcher bewußt gegen die Sozialdemokratie regiert wird. Und auch sonst gefällt sich diese Gruppe in Artikeln und Äußerungen, die alle erkennen lassen, daß die deutschnationalen Minister im Kabinett einen reaktionären Kurs zu steuern

haben, wenn sie den Wünschen dieser Gruppe genügen wollen. Hier wird nun also der Kampf entbrennen. Der linke Flügel und der rechte Flügel werden miteinander ringen, und das Kabinett wird einer der Hauptkriegsschauplätze sein.

Daß das Zentrum und bis zu einem gewissen Grade auch die Deutsche Volkspartei dabei auf der Seite des linken Flügels stehen werden, ist ohne weiteres anzunehmen. Die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, das seiner eigenen Bekundung nach „der neuen Koalition kühl bis ans Herz hinan gegenübersteht“, lehnt die Forderung, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, mit aller Entschiedenheit für das Zentrum ab. Das Blatt sagt: „Unser Gefühl für die Gemeinschaft des ganzen Volkes, unser soziales Gewissen, unsere Angst vor einer Spaltung des Volkes in Bürger und Arbeiter bäumt sich gegen eine solche These (prinzipielle Ausschaltung der Sozialdemokratie) auf. Wir wollen nichts wissen von einem Abschied von den Linksparteien. Wir bleiben demokratisch, und wir bleiben sozial. Wir wollen auch in Preußen in der bisherigen Koalition verbleiben, nun sogar erst recht!“ Diese Haltung des Zentrumsorgans ist konsequent und überzeugend.

Im Kabinett selbst wird neben dem Reichskanzler Dr. Marx, wie wir schon neulich andeuteten, vor allem der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die stärkste Stütze des republikanischen Gedankens und das wertvollste Gegengewicht gegen etwaige reaktionäre Bestrebungen sein. Was gestern Dr. Köhler bei seiner Verabschiedung von der Karlsruher Presse gesagt hat, ist so klar und eindeutig, daß allerdings niemand an der Aufrichtigkeit dieser Worte zweifeln kann. Wir verweisen auch an dieser Stelle nochmals auf die in der gleichen Nummer abgedruckten Ausführungen des Reichsfinanzministers. Sie werden uns und allen Republikanern eine neue Bürgschaft dafür sein, daß Dr. Köhler auch als Mitglied des Reichskabinetts der alte bleiben wird.

Beendigung der Militärkontrolle

Entsprechend der in Genf am 12. Dezember v. J. getroffenen Vereinbarung fand, wie eine amtliche Berliner Meldung am Montag erklärte, an diesem Tage die Tätigkeit der internationalen Militärkontrollkommission ihr Ende. Demgemäß hören auch die für den Verkehr mit dieser Kommission besonders eingerichteten Organisationen des Reichswehrministeriums auf.

Über die Restpunkte der Entwaffnung wurde am Montag in Paris weiter verhandelt. Die Verhandlungen haben zu einer Klärung der Situation geführt, doch müßte, wie die Agentur Havas berichtet, das internationalisierte Militärkomitee heute nochmals zu einer Sitzung zusammentreten, ebenso die Vorkonferenz, um ihre Entscheidung über die beiden letzten Punkte des Entwaffnungsproblems zu treffen.

RTV, Paris, 1. Febr. (Tel.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist zwischen der internationalen Militärkommission und dem deutschen Delegierten eine Einigung in der Frage der Offestungen erzielt worden.

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Thüringer Wahlen

1. Einheitsliste 270 526 Stimmen 19 Mandate (bisher 31).
 2. Sozialdemokraten 253 763 Stimmen 18 Mandate (17).
 3. Kommunisten 113 470 Stimmen 8 Mandate (12).
 4. Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 3880 Stimmen kein Mandat.
 5. Nationalsozialistische Arbeiterpartei 27 918 Stimmen 2 Mandate (3).
 6. Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung 9147 Stimmen 1 Mandat (4).
 7. Demokraten 25 126 Stimmen 2 Mandate (4).
 8. Wirtschaftspartei 75 500 Stimmen 5 Mandate (—).
 9. Aufwertungspartei 2156 Stimmen 1 Mandat (—).
- Gesamtzahl der abgegebenen, gültigen Stimmen 801 476 (882 954).
Wahlbeteiligung rund 80 Proz.
Gesamtzahl der Abgeordneten 56 (bisher 72).

Verurteilung wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform. Unter der Anklage der Beschimpfung der republikanischen Staatsform hatte sich am Montag der Chefredakteur der „Berliner Vorkreuzzeitung“, Dr. Paul Ostreich, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen seines Leitartikels vom 11. August 1926, die parteipolitischen Provokationsmeister“ zu verantworten. Das Schöffengericht verurteilte ihn an Stelle einer an sich bewirkten Strafe von 10 Tagen Gefängnis zu 500 M. Geldstrafe. Gegen das Urteil hat Dr. Ostreich sofort Berufung eingelegt.

Rücktritt des Danziger Völkerverbandskommissars. Das „Allgemeine Handelsblatt“ in Amsterdam berichtet, daß der Danziger Völkerverbandskommissar van Hamel „aus persönlichen Gründen“ von seinem Amte zurücktreten werde.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler an die Presse

Reichsfinanzminister Dr. Köhler verabschiedete sich am Montag abend im Staatsministerium zu Karlsruhe von den Vertretern der Presse mit einer Ansprache, in der er folgendes ausführte:

„In dem Augenblick, da ich mich anschickte, das Land Baden zu verlassen, um das mir vom Reichspräsidenten übertragene Amt des Reichsfinanzministers zu übernehmen, ist es mir ein aus der Fülle des Herzens kommendes Bedürfnis, der Presse des Landes Baden, als deren Vertreter ich Sie zu mir gebeten habe, Lebewohl zu sagen. Sie haben mich in den schweren Jahren meiner Amtsführung hier im Lande Baden in hervorragender Weise unterstützt. Wenn es uns gelungen ist, aus politischer Umwälzung, Inflation und Ruhestörung überhaupt lebend herauszukommen, wenn wir staats- und finanzpolitisch gesehen konsolidierte Verhältnisse haben, dann, verehrte Herren von der Presse, haben auch Sie Ihr vollgerichtetes Maß von Verdienst daran. Sie sind meinen Plänen stets mit vorbildlicher Sachlichkeit gegenübergestanden, Sie haben meine wirtschaftspolitischen Entwürfe immer durch Ihre sachverständigen Rat gefördert. Haben Sie aufrichtigen, innigen Dank dafür.“

Das Scheiden aus der lieb gewordenen Wirkungsstätte wird mir nicht leicht. Zu stark sind die Bande, die mich an die Heimat und ihr Wohlergehen fesseln. Ein Kind des Bodenerlandes, habe ich in meiner fast 17jährigen Ministerstätigkeit so viel auch über den Rahmen meiner eigentlichen Ressorttätigkeit hinaus mir Freunde erwerben können, daß ich mich nicht nur mit Finanz und Wirtschaft, sondern mit Kultur, der Wissenschaft und der Kunst aufs engste verbunden fühlen durfte. Das alles sprühte ich so recht und tief, als ich gestern abend noch einmal die begeisternden Klänge der unsterblichen „Meisterlinger“ gleichsam als Abschiedsgruß hören konnte, nachdem abends zuvor die Vertreter der Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaft meine geschätzten Gäste waren, und ich heute abend buchstäblich die letzte Stunde meines Hierseins mit den Vertretern des badischen Handwerks verbringe. Ja, die Heimat hält mich fest. Aber ich glaube, trotz allem mich dem Rufe des Herrn Reichspräsidenten nicht versagen zu dürfen. In eingehender Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler habe ich die Sicherheit dafür bekommen, daß mir die Möglichkeit geboten ist, entsprechend meiner Gesamtaufassung auch in Berlin arbeiten zu können.

Verehrte Damen und Herren! Ich bin kein unbeschriebenes Blatt. Meine Neujahrsrede vor wenigen Wochen ist mein politisches, mein soziales und mein kulturelles Programm, dem ich auch in der Reichsregierung treu bleiben werde; denn ich bin auch kein wackleres Blatt, das sich von jedem politischen Wind hin- und herwerfen läßt. Fest stehend auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Staatsauffassung, wie er in der Verfassung von Weimar grundgelegt ist, werde ich auch die wirtschaftspolitischen und sozialen Grundsätze, die mir in meiner Amtsführung im Lande Baden maßgebend waren, auch im Reiche zu verwirklichen suchen. Das arme, notleidende Volk in allen Schichten soll in dem Reichsfinanzminister Köhler auch in Berlin seinen Fürsprecher haben. Was ich Ihnen in diesen 7 Jahren war und was ich bin, das werde ich auch bleiben! Und niemand, gar niemand hat irgend ein Recht, bis zum Erweis des Gegenteils, an dieser meiner aufrichtigen Gesinnung zu zweifeln. Ich habe im Lande Baden keine fiskalische Finanzpolitik getrieben, sondern sie in den Rahmen unserer gesamten Wirtschaft, unserer sozialen und kulturellen Entwicklung gestellt; das wird auch in Zukunft nicht anders sein.

Doch das Gebot der Stunde ist nicht Neben, sondern Taten. Ich werde meine Pflicht tun! Leben Sie wohl und dienen Sie, die Sie an so hervorragender Stelle stehen, unserer badischen Heimat, wie auch ich in dem größeren Rahmen des Reiches ihr immerdar treubleiben werde. Unser größter Wunsch aber gilt in dieser Stunde dem deutschen Vaterland, dem wir unsere Kraft weihen wollen.“

Abschied von der Zentrumsfraktion

Montag nachmittag versammelten sich im Landtag die Mitglieder der Zentrumsfraktion, um sich von Dr. Köhler zu verabschieden. In einer kurzen Ansprache hob der Landtagspräsident und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Baumgartner die großen Verdienste hervor, die der nunmehr scheidende Finanzminister sich um die Partei, um das badische Volk und das Land erworben habe. Er bitte Dr. Köhler, auch in seinem neuen Wirkungskreis die Wünsche und Interessen des Landes Baden zu vertreten, soweit dies im Rahmen des Möglichen liegt.

Mit der Beilage: Gewinnliste der Arbeiterwohlfahrt-Weihnachts-Lotterie

Staatspräsident Dr. Köhler gab dem „Bad. Beob.“ zufolge, in längeren Ausführungen ein Bild von der Entwicklung der Regierungsbildung in den letzten Tagen und wies darauf hin, daß ihm der Entschluß, das arbeitsreiche und verantwortungsvolle Amt des Reichsfinanzministers zu übernehmen, nicht leicht gefallen sei. Wenn er sich trotzdem dazu entschlossen habe, so sei dies in dem Gedanken geschehen, damit dem Volk und dem Vaterland, dem er seine ganze Kraft zur Verfügung stellen wolle, einen Dienst zu erweisen. In seiner politischen, sozialen und kulturellen Einstellung werde auch sein Eintritt in das Reichsfinanzministerium nichts ändern. Er werde namentlich bestrebt sein, die Interessen der Länder im Rahmen der Möglichkeiten zu wahren. Herzliche Worte des Dankes widmete Dr. Köhler dann der Zentrumsfaktion, die ihn während der ganzen Tätigkeit als Finanzminister jederzeit in wirksamer Weise unterstützt habe. Er betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, mit ihr in Fühlung zu bleiben.

Hierauf ergriff der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Baumgartner nochmals das Wort, um dem Scheidenden den Dank und die Anerkennung der Fraktion für die geleistete Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Dabei unterstrich er den Wunsch, daß es dem Reichsfinanzminister gelingen möge, speziell in der Frage des Finanzausgleichs die Interessen der Länder zu wahren.

Abchied von den Beamten der Ministerien

Montag nachmittag um 5 Uhr hatten sich die Beamten des Finanzministeriums in Karlsruhe im Sitzungssaal versammelt, um von Finanzminister Dr. Köhler Abschied zu nehmen. In einer Ansprache wies der scheidende Minister darauf hin, daß ungeheure Fülle von Arbeit infolge der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von den Beamten geleistet worden sei. Die Beamten des Reichsfinanzministeriums geleistet werden mühten. Dafür zolle er bei seinem nunmehrigen Ausscheiden aus dem badiischen Staatsdienst allen seinen Mitarbeitern die größte Anerkennung und den wärmsten Dank. In seiner siebenjährigen Tätigkeit als Finanzminister des Landes Baden hätte er niemals die gewaltigen Aufgaben, die zu leisten waren, in der Weise lösen können, wie es geschehen ist, wenn er nicht sich der tatkräftigen Unterstützung jedes einzelnen der Beamten des Finanzministeriums zu erfreuen gehabt hätte. Dr. Köhler richtete weiter an seine Beamten die Bitte, mit gleichem Eifer und mit der gleichen Hingabe auch unter seinem Amtsnachfolger zum Segen des badiischen Landes und des deutschen Vaterlandes tätig zu sein. Er werde auch als Reichsfinanzminister die Bedürfnisse des Landes Baden nicht vergessen oder gering achten. Bei den großen Aufgaben, die ihm nunmehr bevorstehen, denke er in erster Linie an den Finanzausgleich, dessen Lösung er im Sinne eines von ihm stets vertretenen gesunden Föderalismus anstreben werde. Daneben wolle er seine besondere Sorge auch der Lage der Beamtenenschaft angedeihen lassen, wozu er sich besonders auch aus seiner sozialen Einstellung verpflichtet fühle. Ein pflichttreues und unbestechliches Beamtenverhältnis sei das Rückgrat des Staates und er werde sein möglichstes tun, um, wie in Baden, so auch im Reich ein solches Beamtenverhältnis zu erhalten. Wenn auch die im Laufe der letzten 7 Jahre geleistete Arbeit schwer gewesen ist, so kann gerade die Beamtenenschaft des Finanzministeriums mit stolzer Genugtuung darauf zurückblicken und der Minister könne bei seinem Austritt mit der gleichen Genugtuung feststellen, daß gerade im Finanzministerium eine musterwürdige Arbeit geleistet worden ist. Mit nochmaligen herzlichen Worten des Dankes und der Anerkennung schloß Dr. Köhler seine, von außerordentlicher Wärme durchdrungenen Ausführungen.

Namens der Beamtenenschaft widmete Ministerialdirektor Sammet dem scheidenden Finanzminister warme Worte des Dankes. Er erinnerte an die jährliche erfolgreiche Zusammenarbeit und sprach den Wunsch aus, daß es dem nunmehrigen Reichsfinanzminister gelingen möge, die großen Aufgaben, die seiner harren, in einer Weise zu lösen, daß sie den Ländern und dem großen Ganzen zum Nutzen sei.

Abends um halb 6 Uhr fand im Staatsministerium die Verabschiedung von den dortigen Beamten statt. Auch dort sprach Staatspräsident Dr. Köhler allen Anwesenden herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung aus. Namens der Beamtenenschaft richtete Ministerialrat Dr. Fress herzliche Worte des Abschieds an den Scheidenden und gab ihm die besten Wünsche für seine fernere Tätigkeit mit auf den Weg.

Empfang der Vertreter des Handwerks

Abends 8 Uhr empfing Dr. Köhler im Präsidialgebäude die heute aus Anlaß des Handwerkskammertages hier anwesenden Vertreter sämtlicher Verbände der einzelnen Handwerkergruppen und hörte den Vortrag des Ministerialrats Dr. Fress über „Das Handwerk einst und jetzt“. An den offiziellen Empfang schloß sich ein gefelliges Beisammensein an. Reichsfinanzminister Dr. Köhler wollte noch längere Zeit inmitten der Handwerkervertreter und wechselte mit ihnen einen regen Gedankenaustausch.

Dr. Köhler hat dann noch Montag abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug die Reise nach Berlin angetreten. Er wird am heutigen Dienstag mittag die Dienstgeschäfte im Reichsfinanzministerium sofort übernehmen und an der im Laufe des Nachmittags stattfindenden Kabinettsitzung teilnehmen, in der über die dem Reichstage vorzulegende Regierungserklärung Beschluß gefaßt werden wird.

Kündigung des Tarifvertrages im Ruhrbergbau durch den Zechenverband. Der Zechenverband hat, wie aus Essen gemeldet wird, den Bergarbeiterverbänden folgendes Schreiben übermittelt: Wir kündigen hiermit den zur Zeit gültigen Tarifvertrag für das Rheinisch-Westfälische Kohlenrevier, vom 16.-27. Mai 1924, verbindlich erklärt am 29. Mai 1924 und in Verbindung damit die Vereinbarungen betr. Zahlung von Soziallöhnen in Krankheitsfällen vom 12. Juni 1922 zum 31. März d. J.

Tarifkündigung in der Saarindustrie. Die im Arbeitgeberverband der Saarindustrie zusammengeschlossenen Arbeitgebergruppen haben den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen mitgeteilt, daß sie die Lohn- und Gehaltsstarife zum 1. März kündigen. Begründet wird die Kündigung mit der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Saarindustrie in den letzten drei Monaten. Infolgedessen werde die Senkung aller preisbildenden Faktoren zur Notwendigkeit. Die Kündigung gilt für den gesamten Bereich des Arbeitgeberverbandes, für die Eisenindustrie, die weiter verarbeitende Industrie, die keramische Industrie und die Glasindustrie.

Eine einheitliche Finanzbeamtenorganisation. Der Bund deutscher Reichssteuerbeamten, die deutsche Finanzbeamtenorganisation und der Bund oberer Reichsfinanzbeamten sind vor einiger Zeit in Verhandlungen eingetreten, mit dem Ziele, sich zu einer einheitlichen Organisation zu vereinigen. Das Einigungswort steht unmittelbar vor dem Abschluß.

Das Reichskabinetts vollständig

Vergt Justizminister und Vizekanzler, v. Reubell Reichsinnenminister

Die Deutschnationalen haben nach Beratungen, welche den ganzen Montag nachmittag andauerten, wobei auch mit dem Reichspräsidenten verhandelt wurde, am Montag abend in einer Fraktionsitzung ihren Beschluß vom Freitag abend torrigiert und den extremrechtsstehenden Abg. Graf Thüringen als Ministerkandidaten ausgeschloffen. An Stelle des Abg. Lind-einer-Wildau, der in einem Blatt seiner eigenen Partei der Intrigue beschuldigt worden war, und daraufhin verzichtete, wurde der Abg. v. Reubell nominiert. Der parteiamtliche deutschnationale Bericht erklärt: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion faßte am Montag abend nach mehrstündiger Sitzung folgenden Beschluß: Die deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt Kenntnis von der dem Herrn Reichspräsidenten abgegebenen gemeinsamen Verzichtserklärung der Abgeordneten Vergt und Graf auf ihre Ministerkandidatur und von dem dringenden Appell des Herrn Reichspräsidenten an die Fraktion diese solange sich hinziehende Regierungsbildung nunmehr baldigst zu ermöglichen. Die Fraktion beschloß im Hinblick auf diese Lage und die bereits früher erfolgte Ablehnung einer Kandidatur durch den Abg. von Lind-einer-Wildau die bisherige Liste durch Hinzufügung des Abgeordneten von Reubell zu ergänzen.“

Der Reichspräsident hat sodann auf Vorschlag des Reichs-kanzlers Dr. Marx den Abg. Vergt zum Reichsjustizminister und stellvertretenden Reichskanzler, den Abg. von Reubell zum Reichsminister des Innern ernannt. Damit ist das Reichskabinetts vollständig.

Das Reichskabinetts

hielt am Montag in Abwesenheit der deutschnationalen Minister und, der in Berlin noch nicht eingetroffenen Minister Schädl und Köhler seine erste Sitzung ab. Dabei wurde über die Frage der Ostbefestigungen beraten, doch handelte es sich nicht, wie in der Presse behauptet wird, um die Annahme der Vorschläge der französischen Regierung, sondern um die Stellungnahme zu dem Ergebnis der in der letzten Woche in Paris geführten Verhandlungen, die sich durch beiderseitige Vorschläge zu einem ganz bestimmten Entwurf einer Regelung verdichtet hatten. Diese Regelung stelle weder ein Diktat, noch ein Ultimatum dar, sondern bedeute einen Vergleich, bei dem die deutschen Interessen im wesentlichen entsprechend der Kriegsgerätefrage gewahrt sind.

Die Vereidigung

Das nunmehr vollständige Reichskabinetts wird sich heute, Dienstag nachmittag, zu einer ersten Gesamtsitzung vereinigen. Zu Beginn des Kabinettsrates wird der Reichskanzler die Vereidigung der neuen Minister Reubell, Vergt, Köhler und Schädl vornehmen. Im Anschluß daran wird das Kabinetts die Regierungserklärung beraten, mit deren Entwurf der Reichskanzler heute vormittag beschäftigt ist. Die Erklärung wird die Richtlinien, die für die Kabinettsbildung maßgebend waren, verhältnismäßig kurz zum Ausdruck bringen.

Ösling für Marx und Köhler

Auf einer Konferenz sprach am Sonntag in Kreisen der Bundesvorstände des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Oberpräsident Göring, auch über die Stellung des Bundes zu der neuen Regierung. Er sagte nach der „Voss. Ztg.“ u. a.: Wir stehen voll Mißtrauen dieser Regierung gegenüber, denn die zwei Republikaner, Reichskanzler Marx und Reichsfinanzminister Köhler stehen im Kabinetts in schiefer hoffnungsloser Minderheit. Wir bedauern, daß unsere Kameraden Dr. Marx und Dr. Köhler gewonnen wurden, den Weg in diese Regierung zu gehen. Wir sind aber überzeugt, daß sie ihrer Partei die Orier brachten, weil sie - schimpferes zu verhüten. Wer heute fordert, daß die Kameraden Marx und Köhler ausgeschlossen werden, muß damit rechnen, daß morgen verlangt wird, die Kameraden auszuschließen, die in den Länderregierungen oder Stadtverwaltungen verurteilt sind, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Der Haager Schiedsspruch

Bei der Fällung seines Schiedsspruches hat das Haager Auslegungsgesicht, wie bereits mitgeteilt, geglaubt, mit jeder Prüfung über den Wortlaut des Sachverständigenurteils hinaus seine Zuständigkeit zu überschreiten. Demgemäß hat es auch in der Einleitung seiner Entscheidung ausdrücklich ausgesprochen, daß etwaige unerwünschte Folgen seines Spruches hätten unberücksichtigt bleiben müssen. Infolgedessen sind auch die starken wirtschaftlichen Gründe, die Deutschland neben den Rechtsgründen aus dem Sachverständigenplan, dem Versailler Vertrag und dem allgemeinen Völkervertrag sowohl in seinen Schriftsätzen wie auch in den Plaidoyers seines Vertreters zur Geltung zu bringen gesucht hat, von dem Gericht nicht beachtet worden. Der ergangene Spruch stellt wie von Berliner unterrichteter Seite erklärt wird, auf jeden Fall eine schwere Enttäuschung für die große Zahl der von ihm Betroffenen dar. Sache der Regierung wird es sein, fortgesetzt zu prüfen, inwieweit eine Milderung dieses für unser Geschick so schweren Spruches durch Beschränkung des Weges erreicht werden kann, den das Urteil noch offen läßt, nämlich dadurch, daß die Liquidationsverluste deutschen Vermögens, die nach dem 1. Sept. 1924 Deutschland gutgeschrieben worden sind oder werden, an den Annuitäten abgezogen werden. Der abgezogene Betrag würde alsdann für Entschädigungen zur Verfügung der deutschen Regierung stehen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar auf 144,8 gegen 144,3 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,2 v. H. erhöht. Bei den Ernährungsausgaben haben Steigerungen der Preise für Gemüse, Kartoffeln, Brot, Zucker und Kalb durch Nachgeben der Preise für Eier, Milch und Milchzerzeugnisse, sowie für Fleisch nur zum Teil sich ausgeglichen. Die Bekleidungsansgaben haben ihre Abwärtsbewegung weiter leicht fortgesetzt.

Die Indexziffer für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100) für Ernährung 150,7, für Wohnung 104,9, für Heizung und Beleuchtung 144,7 und für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 182,4.

Spanische Kundgebung für Mexiko. Wie aus Madrid gemeldet wird, ist am Sonntag eine von zahlreichen Intellektuellen geplante Kundgebung gegen die amerikanische Intervention in Mexiko durch ein starkes Polizeiaufgebot wohl verhindert worden; jedoch haben viele Persönlichkeiten in der mexikanischen Völkerschaft ein Manifest unterzeichnet, das sich gegen die Politik der Vereinigten Staaten ausspricht.

Politische Neuigkeiten

Rückgang des Weinbaues in Württemberg

Im Jahre 1904 hatte Württemberg laut Mitteilungen des württembergischen Stat. Landesamtes noch 511 sog. Weinbaugemeinden, d. h. Gemeinden, in denen Weinberge waren. Bis zum Jahre 1925 war diese Zahl auf 337 zusammengeschrumpft. Aus der Art des Rückgangs glaubt man, etliche Ursachen der Einschränkung zu erkennen, vor allem die zu weite Ausdehnung des Weinbaues in ungeeignete Gebiete hinein. Ob ein entsprechender Klimawechsel dabei mitwirkt, oder ob rein wirtschaftliche Verschiebungen in Betracht kommen, läßt sich schwer entscheiden, da die Lage in den verschiedenen Gegenden jeweils verschieden ist. Dazu kommt die Vermehrung der Schwierigkeiten bei der Bearbeitung. Güte, Ertragsfähigkeit der Jahrgänge und Preisentwicklung wirken naturgemäß zusammenhängend ebenfalls scharf ein. Dem Rückgang des Weinbaues entspricht das Verschwinden des Weinbauern. In Stuttgart und in Heilbronn sind die Weinbauern am Rande der Stadt in der Regel Bauplatz- und Gausbesitzer geworden.

Der Staatshaushaltsplan in Sachsen

Der neue sächsische Finanzminister Weber leitete Vertretern der Presse über den Staatshaushaltsplan für den Freistaat Sachsen auf das Rechnungsjahr 1927 mit, daß der Etat an Ordinarium in Einnahmen und Ausgaben mit 367 898 260 RM. schließt, während im Extraordinarium an Ausgaben ein Betrag von 37 400 334 RM. vorgesehen ist. Der Minister bezeichnede die Finanzlage des Staates als durchaus ernst. Gleichzeitig mit dem Staatshaushaltsplan für 1927 ist dem Landtage auch der Rechnungsbildungsbericht über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1925 zugegangen.

Die Güterschiebungen während des Ruhrkampfes

In Düsseldorf begann der Prozeß gegen 36 frühere Regimentsangehörige, die angeklagt sind, auf dem Derendorfer Güterbahnhof teilweise gemeinsam mit den auf dem Bahnhof tätigen französischen Offizieren und Beamten Mengen von Gütern, schätzungsweise 5000 Waggons, verschoben zu haben. Der Hauptangeklagte ist der frühere deutsche Eisenbahner Paul Wilhelm Koch, der seinerzeit zum Chef der deutschen Hilfskräfte ernannt wurde und die in Schuppen lagernden Güter den deutschen Eigentümern zustellen sollte. Große Mengen waren unanbringlich und mußten versteigert werden. Der französische Bahnhofskommandant, Hauptmann Giraud, sowie zwei andere französische Offiziere verurteilten mit Koch das bei den Versteigerungen als einziger Käufer aufzutreten sollte. Koch verkaufte die Güter an zahlreiche Gelehrte in Düsseldorf und München-Gladbach. Der Bahnhofskommandant beteiligte sich an dem gewinnbringenden Geschäft mit 4000 Franken. Um die Schiebungen zu verdeutlichen, zeigten die Offiziere gefälschte Protokolle über die Versteigerung ein, auf denen außer Koch noch viele andere Käufer aufgeführt waren. Der erste Verhandlungstag war durch die üblichen Formalitäten ausgefüllt.

Vom Völkerverbund

Der Völkerverbund wird sich im Laufe des Monats Februar mit der Reduktion und mit der Beschränkung der Rüstungen sowie mit Verkehrsfragen beschäftigen.

Das Komitee der technischen Experten für Budgetfragen tritt am 21. Februar in Paris zusammen.

Das technische Komitee für Bilateralität wird sich am 7. Februar in Brüssel versammeln.

Am 20. März des Monats Februar wird das dritte Komitee, das im Monat Dezember vom Völkerverbundrat eingesetzt wurde und die praktischen Maßnahmen zur Bewegung bei Kriegsausbruch, die der Völkerverbundrat auf Grund von Artikel 11 des Statutes ergreifen kann, prüfen soll, einberufen.

Das Komitee für inner-Schiffahrtsfragen beginnt am 25. Februar in Genf seine Beratungen und wird ein Reglement über das Ablösen von Holz auf dem Nieren prüfen.

Das Komitee für die Prüfung des Umfangs der rechtlichen Kompetenzen der europäischen Donaukommission wird in gemeinsamer Sitzung mit den Delegierten dieser Kommission die Vorschläge, welche die Kommission für den Fall einer Teilrevision des Donauvertrages ausgearbeitet hat, behandeln.

Am 26. Februar tritt die Verkehrs- und Transitkommission zusammen.

Schließlich verhandelt sich am 25. Februar das Wirtschaftskomitee in Rom. Auf der Tagesordnung dieses Komitees steht im besonderen die Frage der Vollziehung von Schiedssprüchen im Auslande.

Oesterreichisch-ungarische Zwischenfälle

In Schattendorf im Burgenlande unweit der österreichisch-ungarischen Grenze wurde am Sonntag von ungarisch geminteten Hornkämpfern gegen österreichische republikanische Schutzbündler, die eine Versammlung abhielten, ein Feuerüberfall begangen. Ein Kriegsinvalide und eine Anabe wurden durch Schüsse getötet. 14 Versammlungsteilnehmer mehr oder weniger schwer verletzt. Da die ungarische Grenze wenige Schritte hinter dem Gaishaus verläuft, konnten die Frontkämpfer durch ein Hinterloch des Gartens zum Teil über die ungarische Grenze flüchten. Die Frontkämpfer dieser Gegend unterhalten, wie man weiß, zu den reaktionären Kreisen Westungarns Beziehungen.

Die für Montag nachmittag von den Wiener Sozialdemokraten einberufene Volksversammlung, die einen Protest gegen die Angriffe auf die Steuerpolitik des Stadtrates Wien geltend sollte, gestaltete sich infolge der Vorgänge in Schattendorf zu einer großen Kundgebung der Wiener Arbeiterkraft für das Burgenland. Es wird mitgeteilt, daß am Tage der Besetzung der Opfer die Arbeit in allen Betrieben 15 Minuten ruhen werden. Es wurde die Entwaffnung der Schutzbündler und die Bewaffnung der Arbeiterkraft gefordert.

Mussolini über den Anschluß

Zur Anschlußfrage hat Mussolini der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge dem Interviewer George Schloffer Bieder erklärt, der Anschluß Österreichs an den deutschen Staatenbund sei für Deutschland ein viel bedeutenderes Problem als für Italien. Er möge eines Tages kommen, aber das Wachstum von Reich und sei ein langamer Prozeß. Die Verhältnisse in Österreich hätten sich ständig gebessert, nichtsdestoweniger gebe es viele Leute, die der Meinung seien, daß in einem Jahrhundert die weißen Kleinrenten verschwinden würden. In der internationalen Politik und in der internationalen Industrie sei kein Platz für kleine Einheiten.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 128
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Die Verhandlungen über einen Reichsvertrag für das Baugewerbe. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe teilt mit: Die Verhandlungen über einen Reichsvertrag für das Baugewerbe wurden am 29. bis 31. Januar in Berlin fortgesetzt. Die Parteien kamen sich in einigen Punkten näher. Die Verhandlungen gestalteten sich auch diesmal wieder schwierig. Immerhin ist auf beiden Seiten der Wille vorhanden, die noch vorhandenen Gegensätze auszugleichen und wenn irgend möglich zu einem Reichsvertrag zu kommen. Zu diesem Zweck werden die Verhandlungen Ende Februar fortgesetzt werden.

Entlassung des Generalinspektors der chinesischen Zölle. Die Peking Regierung hat den Generalinspektor der chinesischen Zölle, den Engländer Sir Francis Aglen in Verfolg der Meinungsverschiedenheiten über die Erhebung der neuen Zollzuschläge entlassen. Aglen hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die ihm unterstehenden Zollorganisationen nur die in den Verträgen zugelassenen Abgaben erheben können. Die Regierung hatte demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Zollzuschläge auf der Washingtoner Konferenz von den Mächten einstimmig genehmigt wurden und daß Aglen als Bevollmächtigter der chinesischen Regierung deren Anordnungen ausführen müsse.

Kurze Nachrichten

Demokratischer Reichsparteitag. Der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat sich bereit erklärt, auf dem nächsten Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der zu Pfingsten 1927 in Stuttgart stattfindet, ein programmatisches Referat zur Finanzpolitik zu übernehmen.

Der Hohenzollern-Vergleich. Nach dem Vertrag zwischen Preußen und dem Hohenzollernhaus ist die zweite Rate der preussischen Zahlungen an das Haus Hohenzollern am 1. Februar fällig. Wie eine Korrespondenz erfährt, ist die Überweisung dieser Rate bereits erfolgt. Die letzten 5 Millionen sind am 3. Mai fällig.

Das deutsche Eigentum in Amerika. Nach einer Meldung aus Washington kam der Finanzausschuß des amerikanischen Senats überein, dem Plenum vorzuschlagen, statt 80 Prozent nur 60 Prozent des deutschen Eigentums sofort freizugeben und die restlichen 40 Prozent im Laufe einiger Jahre zurückzahlen. Ferner sollen statt 100 Millionen nur 50 Millionen zur Entschädigung der Schiffs-, Radio- und Patenteigentümer bewilligt werden. Da diese Änderungen lange Diskussionen in beiden Häusern erwarten lassen, haben sich die Aussichten auf Annahme in dieser Session stark verringert.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 3. Februar, nachmittags halb 4 Uhr.

Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Ministers der Finanzen. 2. Wahl des Staatspräsidenten.

Weitere Sitzung um halb 5 Uhr.

Die Tagesordnung lautet: 1. Mitteilung der Eingänge. 2. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Antrag der Abg. Dr. Mattes und Gen. Aufwertung der Sparguthaben über den gesetzlichen Mindestbetrag hinaus (Druck. Nr. 26 und 26a). Berichterstatter Abg. Gagler. 3. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesunde und Beschwerden und Verwaltung über Gesuche.

Dr. Schmitt als badischer Finanzminister vorgeschlagen

Justizminister Trunk wahrscheinlich Staatspräsident. Montag nachmittag beschloß, wie der „Bad. Beobachter“ meldet, der Vertrauensmännerausschuß der Zentrumsfraktion des Badischen Landtages einstimmig, als Nachfolger Dr. Schillers den bisherigen Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Franz Josef Schmitt als badischen Finanzminister vorzuschlagen. Die verschiedenen Parteien werden nun in Fraktionsitzungen zu dem Vorschlag Stellung nehmen. Am Donnerstag nachmittags wird das Plenum des badischen Landtages eine Sitzung abhalten und die Wahl des badischen Finanzministers vornehmen. Wie man weiter hört, wird Justizminister Dr. Trunk für das Amt des badischen Staatspräsidenten vorgeschlagen werden.

Der als Kandidat für den badischen Finanzministerposten von der Zentrumspartei in Aussicht genommene Ministerialdirektor Dr. Franz Josef Schmitt ist am 2. April 1874 in Lauda geboren. Nach erfolgreichem Besuch des Gymnasiums in Tauberbischofsheim besuchte er in den Jahren 1892 bis 1896 die Universitäten Heidelberg und Berlin, wo er sich dem Studium der Rechtswissenschaften zuwandte. 1899 legte er in Karlsruhe sein zweites Examen ab. Als Doktor der Rechte promovierte er im Jahre 1911 in Freiburg.

Seine Beamtenlaufbahn nahm in Borsberg als Rechtspraktikant (1896) ihren Ausgang; 1899 wurde er zum Referendar und 1900 zum Amtsrat befördert. 1901 folgte die Ernennung zum Kollegialmitglied des katholischen Stiftungsrates in Karlsruhe, 1919 die Ernennung zum Geheimen Finanzrat.

Dem Badischen Landtag gehörte er als Mitglied der Zentrumsfraktion in den Jahren 1924 bis 1925 an. Bei seiner Ernennung zum Ministerialdirektor als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Dr. Franz Schmidt legte er sein Landtagsmandat nieder, während seiner Zugehörigkeit zum badischen Parlament war er auch Mitglied des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung.

Aus den Parteien

Die Deutsche Volkspartei, Landesverband Baden, veranstaltete am Sonntag in Kallat eine kommunalpolitische Tagung. Der Landesvorsitzende, Rechtsanwalt Steinel-Förzheim, gab zunächst einen Überblick über die Tätigkeit der Partei anlässlich der Gemeinbewahlen. Eingehend behandelte er organisatorische Fragen, um sich dann der Gemeindeordnung zuzuwenden. Erforderlich sei eine vollkommen neue Gemeindeordnung und hierbei könne man dann auch eine Veränderung in der Verwaltung herbeiführen, so wie es beispielsweise in Württemberg oder im Rheinland geschehen sei. — Es schloß sich dann eine lebhaft ausgeführte Diskussion an, an der sich die Vertreter vieler Städte und Orte beteiligten. Von der Fraktion der Deutschen Volkspartei im badischen Landtag waren die Abg. Wiser und Haas erschienen.

Der Industrie- und Handelsausschuß der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, hielt am Samstag in Heidelberg seine Tagung ab. Handelskammerpräsident H. Penel-Mannheim sprach über Wirtschaft und Sozialpolitik und Dr. Mattes über Steuern und Wirtschaft in Baden.

Die Ausnützung des Titisees

Das Badenwerk teilt mit:

In verschiedenen Zeitungen sind Artikel erschienen, die sich gegen die Absicht des Badenwerks aussprechen, den Titisee zur Verminderung der Beeinflussung der Gutach und Gutach durch das Schluffseewerk auszunutzen. Die Ausführungen bedürfen in vielen Punkten der Richtigstellung.

Zunächst sei zur Aufklärung vorangestellt, daß der Titisee schon heute im Interesse der Triebwerke an der Gutach ausgenutzt wird. Der für diesen Zweck zur Verfügung stehende Stauraum hat 0,75 Meter Höhe. Außerdem steigt bei Anschwellungen des Zuflusses der Wasserspiegel bis zu 1,78 Meter über die Auslauffschwelle. Der Seestand des Titisees ist also bereits heute erheblichen Schwankungen unterworfen, ohne daß hierdurch bemerkenswerte Nachteile, sei es für das Landschaftsbild, sei es für die Nutzung des Sees, entstanden wären.

Die bei der Erstellung des Schluffseewerks vorgesehene Ableitung von Wägen aus den Quellgebieten des Seebachs und der Haslach nach dem Schluffsee hat nun, namentlich bei Niedrigwasser, für viele Triebwerke und sonstige Wassernutzungen an der Gutach und Gutach mehr oder weniger fühlbare Schwälungen des Wasserabflusses zur Folge. Das Badenwerk beabsichtigt deshalb, diese Beeinflussung durch eine in möglichen Grenzen gebaltene Erweiterung der bestehenden Titiseeregulierung auszugleichen. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahme ein außerordentliches Interesse für das Gutach- und Gutach hat. Nach dem im Juli 1926 dem Bezirksamt Neustadt i. Schw. vorgelegten Entwurf für die erweiterte Titiseeregulierung soll das Stauziel des Titisees um 0,60 Meter erhöht, also ein Teil des bei Anschwellungen des Zuflusses auch jetzt schon in Anspruch genommenen Raumes bewirtschaftet werden. Außerdem ist vorgesehene, die Auslauffschwelle um 0,65 Meter tiefer zu legen, damit sie bei bis in den Herbst und Winter hinein anhaltender Trockenheit die bisherigen Abflußverhältnisse beibehalten werden können.

Dieser Entwurf hat alsbald nach der Offenlegung, namentlich von Seiten der Titiseeanlieger, Einsprüche hervorgerufen, während andererseits die Triebwerksbesitzer an der Gutach noch eine Vermehrung des Staus wünschen, um damit einen alten Wunsch zu erfüllen, daß die Wasserversorgung der Gutach noch mehr als bisher ausgleichend wird. Das Badenwerk hat bereits vor und während der Offenlegung der Pläne mit den hauptsächlich betroffenen Anwohnern des Titisees Rührung genommen, um die gewichtigsten Einwendungen prüfen und gegebenenfalls berücksichtigen zu können. Den hierbei aufgetretenen Wünschen beabsichtigt das Badenwerk weitgehend entgegenzukommen. So soll die Erhöhung des bisher vorgesehene Staus um 0,60 Meter nur 0,40 Meter betragen. Insofern diese Stauerhöhung Kulturland berührt, wie an der Seebachmündung und in geringem Umfang bei der Badenanstalt am Nordufer dies der Fall ist, soll das Gelände aufgehöhht werden, so daß an dem bestehenden Seeumfang eine störende Aenderung nicht in Erscheinung tritt.

Was nun die Befestigung der Auslauffschwelle anlangt, hat diese Maßnahme für den Fremdenverkehr am Titisee keinen Einfluß, da das Badenwerk die Verpflichtung übernimmt, während der Sommermonate den See nicht tiefer abzusenken, als dies bereits heute schon geschieht.

Diese Zugeständnisse sind für die Beurteilung der beabsichtigten Erweiterung der Titiseeregulierung naturgemäß von außerordentlicher Bedeutung. Aus dem durch die Presse bekannt gewordenen Vortrag des Herrn Oberbaurat Gittner, Freiburg, anlässlich der Besichtigung des Schluffseebereiches durch die Besucher des Freiburger Städtetages geht hervor, daß die Stadt Freiburg, deren Einsprache in dem oben angezogenen Artikel besonders hervorgehoben wurde, bei Durchführung der vom Badenwerk vorgesehene einschränkende Maßnahmen eine Gefährdung der öffentlichen Interessen durch die beabsichtigte Erweiterung der Titiseebewirtschaftung nicht mehr erkennt. Wenn im übrigen noch die Einsprüche noch nicht verhandelt wurde, so liegt dies daran, daß die Einsprache selbst erst vor kurzem dem Badenwerk zugestellt wurden.

Zu den in den Presseentwürfen erwähnten Befürchtungen für die Vegetation des Barentals ist zu sagen, daß durch Abmachungen mit den Landwirten die Erhaltung des bestehenden Zustandes gewährleistet, nach dem Urteil der Sachverständigen sogar für die Zukunft eine Verbesserung der meist vermoosten oder mit sauren Gräsern bedeckten Wiesen zu erwarten ist. Eine Veränderung der Verhältnisse in der Gutachschluff soll gerade durch die beabsichtigte Titiseeregulierung hinfänglich werden. Die sonstige allgemeine Nutzung des Titisees, z. B. Baden, Schwimmen, wird keinerlei Einschränkung erfahren; insofern an bestehenden Anlagen zur Erhaltung ihrer Zweckbestimmung bauliche Änderungen nötig sind, werden diese selbstverständlich durch das Badenwerk durchgeführt.

Die Öffentlichkeit kann diesen Ausführungen entnehmen, daß das allgemeine Interesse an der Erhaltung der Schönheit des Titisees durch die vorgesehene systematische Bewirtschaftung durchaus nicht gefährdet ist, zumal bei den bevorstehenden Verhandlungen Einzelwünsche Berücksichtigung finden können.

Für die Autostraße Heidelberg—Mannheim sind von den städtischen Tiefbauämtern in Heidelberg und Mannheim bereits die Projekte aufgestellt. Die Baukosten betragen bei einer Fahrbahn von 12 Meter Breite 7 Millionen RM, bei einer solchen von 9 Meter Breite 6 Millionen RM. Die Strecke Mannheim—Friedrichsfeld wird die teuerste sein, da hier eine Reihe Anstufungen und Unternehmungen notwendig sind. Die Strecke soll in leistungsfähiger Linie geführt werden.

Keine Privatisierung der Bodenseebahn. Dem Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros München wird von der Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mitgeteilt: Durch die Presse wird die Nachricht verbreitet, daß die Absicht bestehe, die Bodenseebahnprivatisierung, die einen Nebenbetrieb der Reichsbahn darstellt, und mit diesen im Eigentum des Reiches steht, in private Hand zu überführen. Alle Gerüchte dieser Art sind unzutreffend.

Tagungen

Reichsverband der akademischen Zeichner. In der Pfingstwoche 1927 findet in Karlsruhe die diesjährige Tagung des Reichsverbandes akademisch gebildeter Zeichner statt. Es ist eine umfassende Ausstellung von Schülerarbeiten süddeutscher und österreichischer Mittelschulen geplant.

Aus der Landeshauptstadt

Das Protogewicht ist auch im zweiten Halbjahr von der Polizei monatlich regelmäßig bei den Bädern und sonstigen Protogewichtsstellen nachgeprüft worden. Die Zahl der Fälle, in denen Badewaren wegen Mindergewicht zu beanstanden waren, war erfreulicherweise erheblich geringer als bei früheren Kontrollen. Im ganzen kamen 10 Bäder zur Anzeige. Davon erschienen bei 4 die Ausrede, daß die betreffenden Badewaren nur vorübergehend Mindergewicht aufwiesen, dafür andere aber Mindergewicht, glaubhaft, so daß von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit abgesehen wurde. Dagegen mußten 3 Badewarenmeister verurteilt und 3 bestraft werden, und zwar mit 20, 50 und 100 M.

Billigeres Schweinefleisch. Nach Mitteilung der Regierung wird mit Wirkung vom Mittwoch der Preis für verschiedene Schweinefleischsorten ermäßigt.

Die Jahreshauptversammlung des Karlsruher Männerturnvereins am 15. Januar wurde auch diesmal wieder durch einen Vortrag allgemeinen turnerischen Inhalts eingeleitet, indem der 1. Vorsitzende, aber neuere Strömungen auf dem Gebiete der Leibesübungen sprach. Der 1. Vorsitzende gedachte mit warmen Worten der im Jahre 1926 verstorbenen Mitglieder. Oberturnwart R. B. Maier entwarf ein Bild des turnerischen Lebens im abgelaufenen Vereinsjahr. Es wies drei Höhepunkte auf: Die Durchführung Deutsche Turnkunst am 2. Februar im Konzerthaus und Deutsches Turnen am 5. Dezember in der Festhalle, stehen hier wohl noch in Erinnerung. Der dritte Höhepunkt war das Kreisturnfest in Offenburg. Von den Spielmannschaften wurden 9 Gaumeisterschaften errungen und 4 Mannschaften konnten die höchste Würde des Kreises, die Kreismeisterschaft gewinnen. In der Jahreshauptversammlung war die Hälfte der Mitglieder neu zu wählen und die Wahl erfolgte nach dem Vorschlag des Turnrats fast einstimmig. Als neue Mitglieder traten in den Turnrat G. Wuser als 2. Vorsitzender, G. Lörcher als 2. Spielwart, S. Bod als 2. Geldwart, Joh. Gärtner als 1. Geldwart, Ludwig Stoll als 2. Geldwart und Herrn. Baumann, G. Kullmann, Herrn. Maier wie Dr. G. Dögle als Beisitzer. Proturist G. Zimmermann trat von seinem Amt als 2. Vorsitzender zurück, will aber auch fernerhin als Beisitzer seine Kraft dem Vereine zur Verfügung stellen. Einstimmig wurde der aus seinem Amte scheidende 2. Vorsitzende zum Ehrenturnrat des Vereins ernannt. Der Abend ließ in erfreulicher Weise erkennen, eine wie große und vielseitige vaterländische Arbeit von einem Turnverein in der kurzen Spanne eines Jahres geleistet wird. — Edna.

Badische Lichtspiele Konzerthaus. „Unter Affen und Palmen“ betitelt sich ein neuer Film, der uns in das sonnige Tropengebiet des Inselreichs Sumatra führt. Ein holländischer Dampfer bringt uns nach der Hafenstadt Padang, und wir sehen die Reise auf dem Flußwege und teils auf der Eisenbahn fort. Ein herrliches Panorama bietet sich dem Auge, besonders interessant sind dabei die Aufnahmen der Tierwelt. Wir besuchen eine veritable „Affenschule“ und sehen, wie diese Tiere zur Arbeit herangezogen werden, um dem Malaien beim Ernten der Kokosnüsse behilflich zu sein. Das wichtigste Nahrungsmittel der Inselbewohner ist der Reis; wir sehen den Anbau und die Ernte dieser Kulturpflanze. Aber auch die Sitten und Gebräuche des Volkes lernen wir kennen, hervorzuheben sind die Feierlichkeiten einer im Wilde gezeigten Hochzeit mit allen Zeremonien und das bunte Leben und Treiben eines Markttag. Nach der Tagesarbeit beginnen dann alle möglichen Tierwettkämpfe, Wettrennen und Hühnerkämpfe. — Ein reizender Beifilm „Kasimir und Siboga“ rollt noch von der Leinwand ab. In diesem Film belauschen wir das Leben und Treiben der Haken, welches in recht gut gelungenen Aufnahmen wiedergegeben ist. — Ein weiterer Beifilm zeigt uns interessante Aufnahmen aus der norwegischen Hauptstadt Oslo in ihrem Winterkleide. Die Städte ziehen in großen Scharen hinaus in die Umgebung und huldigen dem Wintersport. Die Badischen Lichtspiele haben ein reichhaltiges Programm aufgestellt, ihr Besuch ist nur zu empfehlen.

Badisches Landestheater. Shakespeares „Hamlet“ gelangt am Mittwoch, den 2. Februar, zur Wiederholung. Am Freitag, den 4. Februar, absolviert Fräulein Pia Mietens vom Landestheater in Stuttgart als „Ade“ im „Orb des unbekannt Soldaten“ von Paul Kahl ein Gastspiel auf Anstellung. — Am Samstag, den 5. Februar, geht, von Felix Baumach neueinstudiert, zum erstenmal Reiztraps Gefangenschaft „Einen Jux will er sich machen“ in Szene. Die musikalische Leitung dieser Aufführung übernimmt Herr Generalmusikdirektor Josef Krips. — Im Konzerthaus findet am Sonntag, den 6. Februar unter der Regie von Dr. Gerhard Storz die Erstaufführung eines neuen Schwanen von Arnold und Bach statt, betitelt „Sibyl“. — Die zweite Wiederholung von Shakespeares neu-einstudiertem Lustspiel „Wie es euch gefällt“, erfolgt am Dienstag, den 8. Februar. Am Donnerstag, den 3. Februar gelangt Verdis Oper „Ein Maskenball“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Josef Krips, die szenische Leitung in Händen von Otto Krauß. Als neunte Vorstellung der Sonderreihe für Auswärtige findet am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, unter musikalischer Leitung von Dr. Heinz Knoll eine Wiederholung von „Fuppen-see“ und „Klein Das Klumen“ statt. Abends 7 Uhr geht Verdis „Aida“ in Szene. Die Titelpartie singt Marie Jany. Musikalische Leitung: Josef Krips, szenische Leitung: Otto Krauß. Mozarts „Zauberflöte“ gelangt am Montag, den 7. Februar, als Volksbühnenvorstellung zur Aufführung. Zu dieser Vorstellung ist der IV. Rang für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Colosseum-Variététheater. Nach längerer Pause hat sich die Direktion entschlossen, ihren Besuchern ab 1. Februar mit einem ganz erstklassigen internationalen Variétéprogramm aufzuwarten. Dieses ist so zusammengestellt, daß jede Nummer anderer Art ist und so das gute alte Variété geboten wird. Alles nähere durch die Plakate und Anzeigen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Der nunmehr mit seinem Kern über die Nordsee liegende Wirbel brachte für Baden gestern Eintrübung mit nachfolgenden Niederschlägen, die in tieferen Lagen als Regen, im Gebirge als Schnee fielen. Mit dem Witterungsumschlag waren böige Südwestwinde verbunden. Auch heute Morgen schneit es im Gebirge, während in der Ebene leichter Regen niedergeht. Die Schneehöhe hat auf dem Schwarzwald nun durchschnittlich 20 Zentimeter zugenommen. Eine im Westen folgende Hochdruckwelle wird vorübergehende Aufhellungen und Unterbrechung der Niederschläge bewirken. Im allgemeinen jedoch bleibt der augenblickliche Witterungscharakter erhalten. Voraussichtliche Witterung für Mittwoch: Nach wolkeigem Wetter mit zeitweiligen Niederschlägen wieder vorübergehende Aufhellungen mit leichtem Temperaturrückgang.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. Februar		31. Januar	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.37	168.79	168.38	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.59	112.30	112.58
London 100 £	18.06	18.10	18.09	18.13
Paris 100 Fr.	20.437	20.489	20.439	20.491
Schweiz 100 Fr.	4.2105	4.2245	4.2105	4.2245
Wien 100 Kr.	16.595	16.635	16.60	16.64
Brüssel 100 Fr.	81.06	81.26	81.08	81.28
Prag 100 Kr.	59.43	59.57	59.45	59.59
Warschau 100 Kr.	12.476	12.516	12.473	12.513

Verschiedenes

Unwetter
Von den Küsten der Nordsee werden schwere Sturmverheerungen gemeldet. In England hat der Sturm katastrophale Folgen. In Schottland gibt es 20 Tote und 300 Verwundete. Auch in Nordengland forderte der Sturm 14 Menschenleben. Im Kanalverkehr entstehen große Verspätungen, da die Schiffe zurückgehalten werden. — Aus ganz Italien werden starke

Schneefälle gemeldet. Die Schneehöhe auf dem Vorpennin beträgt 1 1/2 Meter. In Brescia dauerten die Schneefälle vom Samstag Nacht bis Sonntag Nachmittag ununterbrochen an. Im Gebiete von Ravenna sind infolge von Dammbrüchen große Überschwemmungen eingetreten. In Mailand ist die Temperatur auf 3 Grad unter Null gesunken.

Geständnis des Frankfurter Raubmörders.
Der unter dem Verdacht des Raubmordes an dem Juwelier Grebenau in Frankfurt verhaftete Schultze hat ein Geständnis abgelegt.

Das Vitamin-Mittel gelbt?
Nach einer Meldung der „Post“ aus Göttingen hat der Uniersitätsprofessor Winhaus in einer Vorlesung davon Mitteilung gemacht, daß ihm die Feststellung gelungen sei, daß das Vitamin identisch mit dem chemischen Stoff Ergosterin sei. Durch die Bestrahlung mit ultraviolettem Licht entstehe aus dem Ergosterin das Vitamin. Es sei ihm gelungen, eine rassistisch infizierte Ratte mit Ergosterin in drei Wochen mittelgig zu heilen. Das Ergosterin könne jedem Nahrungsmittel zugefügt werden, wodurch vitaminarme Nahrungsmittel volle Nährkraft gewinnen.

Der heutigen Nummer liegt die Gewinnliste der Arbeiterwohlfahrt-Weihnachtslotterie bei, auf die wir unsere Leser aufmerksam machen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlungen.
Die dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen e. V. in Berlin W. 9, Potsdamerstraße 126, erteilte Erlaubnis, im Lande Baden durch Werbeschreiben und Aufrufe eine Werbung zur Vermittlung von Patentstellen und Sammlungen zugunsten dieses Personenkreises vorzunehmen, wird bis zum 31. Dezember 1927 unter der Bedingung verlängert, daß der Reichsverband von jeder ermittelten Patentstelle und Unterstützung den zuständigen Bezirksfürsorgeverband zu benachrichtigen hat.

Karlsruhe, den 29. Januar 1927.

Der Minister des Innern
Kemmerle

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

der vertragsmäßige Professor Theodor Wende an der Kunstgewerbeschule Pforzheim zum planmäßigen Professor daselbst.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern Sonntag ist nach längerem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Geheimer Regierungsrat
Dr. Heinrich Belzer
Landrat a. D.

im Alter von 65 Jahren sanft verschieden.

Im Namen der Hinterbliebenen

In tiefer Trauer:

Frau Johanna M. Belzer geb. Honsell.
Dr. Rudolf Belzer, Gerichtsassessor.
Elisabeth Freifrau Gayling von Altheim geb. Belzer.
Carl Freiherr Gayling von Altheim, Major a. D.

Konstanz, den 31. Januar 1927.

Die Beisetzung findet am Mittwoch, den 2. Februar statt.

123

Aber 3000 Stück schon verkauft

Das steinerne Meer
Erzählungen aus badischer Landschaft
Von Hermann Stenz

Das Heidelberger Tageblatt urteilt:

„In badischen Heimatsbüchern sind wir nicht arm und es muß schon auf diesem Gebiete Hervorragendes geleistet werden, um Aufmerksamkeit und Interesse zu erregen. Das neue badische Buch von Hermann Stenz ist nun tatsächlich eine ganz besonders wertvolle Gabe, die Beachtung in weitesten Kreisen verdient. Der Verfasser hat sich nicht in ausgefahrenen Geleisen bewegt, er bietet vielmehr in anspruchsvoller Form literarisch wertvolle Erzählungen aus Badens Vergangenheit. Die Geschichten spielen alle auf vertrautem Boden, in Heidelberg, im Oberrhein, im Steinachtal, am Olsberg, in Mannheim. Dann sogar drüben im Harzgebirge, wo auch die Fabel vom „steinernen Meer“ spielt und auch vom Dichterpfeffer Johann Peter Hebel weiß eine Geschichte kurzweiliges zu erzählen. Aus allen Geschichten leuchtet aber die ernste Liebe zur Heimat hervor und man muß bewundern, mit welchem literarischen Feingeschmack Stenz alle vierzehn Erzählungen vorzutragen versteht. Dieses Buch darf zweifellos einen ersten Platz unter den Erzählungsbüchern aus der badischen Heimat beanspruchen, denn gerade in seiner schlichten Vornehmheit besitzt es dauernden Wert. Daß dieses Werk von Hermann Stenz bald in ganz Baden und darüber hinaus dankbare Leser finden wird, wollen wir als Selbstverständlichkeit voraussetzen.“

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

COLOSSEUM

Täglich abends 8 Uhr
Sonntag 4 und 8 Uhr

Varieté-Vorstellung

internationaler Künstler

Das Auswanderungswesen betr.
Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die dem Herrn Wilhelm Thomas, Kaufmann hier, am 23. Dezember 1924 gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 9. 6. 1897 über das Auswanderungswesen erteilte Erlaubnis, bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Städten als Agent der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg durch Vorbereitung und Abschluß von Beförderungsverträgen gewerbemäßig mitzuwirken, erloschen ist.

Einige Ansprüche aus der Geschäftsführung des genannten Auswanderungsagenten an die von ihm gestellte Kaution sind binnen sechs Monaten beim Bezirksamt anzumelden und zu begründen. Nach einem Jahr wird die Rückgabe der Kaution an Herrn Thomas gemäß § 31 der Verordnung des Bundesrats vom 14. 3. 1898, betr. Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswandererunternehmer und Agenten erfolgen.

Die unterm 29. 12. 1926 erfolgte Veröffentlichung ist durch vorstehende Bekanntmachung hinfällig geworden.

Karlsruhe, den 28. Januar 1927. D.-B. 17.
Bd. Bezirksamt. — Polizeidirektion B. —

Ortspolizeiliche Vorschrift über den Verkauf von Zeitungen im Umherziehen in Karlsruhe.
Auf Grund des § 139 e Abs. 4 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit § 9 der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. 3. 1919 wird mit Zustimmung des Stadtrats Karlsruhe und nach Vollziehbarerklärung durch den Herrn Landeskommissar mit Erlaß vom 21. 1. 27 folgende ortspolizeiliche Vorschrift für die Stadt Karlsruhe erlassen:

§ 1.
Das Heilbieten von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ist an Werktagen von 5 Uhr vormittags an gestattet.

§ 2.
Die in Riff. V Abs. 3 der Anordnung v. 20. 4. 20, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betr. getroffene Regelung des Verkaufs von Druckschriften an Sonn- und Festtagen wird hierdurch nicht berührt.

§ 3.
Zu widerhandlungen gegen diese Vorschrift werden gemäß § 146 a Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafen bis zu 600 RM. im Unvermögensfall mit Haft bestraft.

Karlsruhe, den 28. Januar 1927. D.-B. 18.
Bd. Bezirksamt. — Polizeidirektion B. —

Lehrbücher

Wissen zu Macht

3.726. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Streckenreklame G.m.b.H. in Karlsruhe wurde mangels Masse eingestellt.
Karlsruhe, 27. 1. 1927.
Gerichtsschreiber Bd.
Amtsgerichts A 5.

Nadelrundholz-Stangen und Papierholz-Verkauf.
Bd. Forstamt Meßkirch verkauft freihändig aus den Staatswaldstücken I.-III. 3.730 I. 509 Km. Nadelrundholz (434 Km. Fichten, 75 Km. Fichten) in einem Los.

II. 203 Ster Papierholz, entkündet, an fahrbaren Wegen, (72 I., 98 II., 32 III.)
III. Nadelholzstangen: 452 Stück Baustangen I./II., 607 Stück Baustangen I./II., 610 III., 415 III., 180 IV.

Angebote in Prozenten der Bad. Landesgrundpreise wollen bis längstens Donnerstag, den 10. Februar 1927 anher eingereicht werden.

Vorverzeichnisse mit Verkaufs- und Zahlungsbedingungen kostenlos durch das Forstamt. Durch Einreichung eines Gebots erklären sich die Bieter bis zum 16. 2. einschließlich an ihr Gebot gebunden.

Forstwart Kohler in Schwandorf, A. Stodach, zeigt das Holz vor. Bahnstation Mühlhingen (9 km) der Strecke Sigmaringen-Radolfzell.

Güterrechtsregister.
Lauterbüchschheim. 3.733 Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 482: Martin Leonhard Seibert, Müller, und Anna Dorothea geb. Triebig, beide in Bensheim. Vertrag vom 10. Jan. 1927. Allgemeine Gütergemeinschaft nach dem BGB. Lauterbüchschheim, 25. 1. 27. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Preis in Leinen gebunden Mark 3.—

Verlag G. Braun in Karlsruhe
Karl-Friedrichstraße 14

Oeffentliche Sparkasse Walldorf.

Rechnungsabluß auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
Angelegte Kapitalien	98 155.21	Spar- und Giroeinlagen	93 815.31
Einnahmerückstände	3 946.59	Anlehenskapitalien	10 083.29
Kassenvorrat	4 545.38	Geschäftsgewinn — Rücklage 1925	3 004.43
Inventar	260.85		
	106 908.03		106 908.03

Walldorf, den 25. Januar 1927. 3.708

Der Verwaltungsrat: Funk, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Hesselbacher.

Spar- und Waisenkasse Königheim

Oeffentliche Sparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1924.

Soll.		Haben.	
	RM		RM
Kasse	361.10	Spareinlagen	5 226.95
Vanten	2 045.50	Konto-Korrente	1 626.60
Konto-Korrente	2 400.43	Anlehenskapital	37 917.77
Rückständige Zinsen	1 000.—	Rückständige Zinsen	355.80
Sonstige Darlehen	9 079.—	Aufwertungsfonds	976.50
Darlehen gegen Schuldschein	30 676.85	Rücklagen	676.15
Rückständige Zinsen	2 125.06	Gewinn 1924	1 576.56
Mobilien	668.40		
	48 356.33		48 356.33

Gewinn- und Verlustrechnung.

Ausgaben.		Einnahmen.	
	RM		RM
Zinsen	2 513.90	Zinsen	5 095.39
Verwaltungskosten	1 303.08	Sonstige Einnahmen	298.15
Gewinn	1 576.56		
	5 393.54		5 393.54

Spar- und Waisenkasse Königheim (Oeffentl. Sparkasse).

Bergebung von Walzarbeiten.
Die für das Jahr 1927 vorgesehenen Walzarbeiten auf den Landstraßen sollen auf Grund der Verordnung des Finanzministeriums über das Bergewesen vom 22. Juli 1922 im öffentlichen Wettbewerb in 12 Losen vergeben werden.
Die Verbindungsunterlagen können von uns zum Preise von 2 RM. bezogen werden.
Angebote mit der Aufschrift „Walzarbeiten 1927“ versehen, sind bis längstens Mittwoch, den 16. Februar 1927, vormittags 9 Uhr, verschlossen und portofrei bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote stattfindet. 3.734
Die Zuschlagsfrist beträgt 7 Tage.
Bad. Wasser- u. Straßenbau-Direktion.



Badisches Landestheater
Mittwoch, 2. Februar 1927
C 15 Th.-Gem. II. S.-Gr.

Hamlet, Prinz von Dänemark

von Shakespeare
In Szene gef. v. F. Raumbach

- | | |
|-------------|--------------|
| Claudius | Hiet |
| Gertrude | Ermarth |
| Hamlet | Dahlen |
| Der Geist | Derz |
| Fortinbras | Hofbauer |
| Polonius | Höder |
| Laertes | Leitgeb |
| Ophelia | Roest |
| Boltinwand | Ed |
| Cornelius | Kühne |
| Rofenfranz | Wock |
| Güldenstern | Koehle |
| Horatio | v. d. Trenck |
| Racellus | Brand |
| Bernardo | Reiter |
| Franzisko | Graf |
| Osric | Dr. Storz |
| | Hofbauer |
| | Gemmede |
| | Mehner |
| | Wöberl |

Schauspieler
Ein Priester: Rienscherf
Totengräber: Müller
Hauptmann: Krüger
Diener: Graf
Personen des Schauspiels
Prolog: Mehner
König: Hofbauer
Königin: Wöberl
Lucianus: Gemmede
Anfang 7. Ende 10.
I. Sperrst. Nr. 5.—
Do. 3. Febr. Ein Maskenball
Fr. 4. Febr. Das Grab des unbefamten Soldaten

Residenz
Lichtspiele
Waldstraße 78
Ben Hur